

Das Bedürfnis als Voraussetzung für die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis (§ 8 WaffG)

Allgemeines

- **Bedürfnisprinzip ist zentrales Element des deutschen Waffenrechts.**

Das Bedürfnis für die Erteilung einer Waffenbesitzkarte wird anerkannt, wenn gegenüber den Belangen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung besonders anzuerkennende persönliche oder wirtschaftliche Interessen (vor allem als Jäger, Sportschütze, Brauchtumsschütze, Waffen- oder Munitionssammler, Waffen- oder Munitionssachverständiger, gefährdete Person, als Waffenhersteller oder -händler oder als Bewachungsunternehmer) und die Geeignetheit und Erforderlichkeit der Waffen oder Munition für den beantragten Zweck glaubhaft gemacht sind.

- Nach der Rechtssprechung soll die Zahl der Personen, die außerhalb ihrer Wohnung, Geschäftsräume oder umfriedeten Besitztums Waffen tragen, auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Nur in Ausnahmefällen hat die Sicherheit des Einzelnen Vorrang vor der öffentlichen Sicherheit. Dies kann nur dann der Fall sein, wenn das Leben des Antragstellers objektiv mehr gefährdet ist, als das eines Durchschnittsbürgers.
- **Folgende Punkte** muss der Antragssteller insbesondere bei Beantragung eines Waffenscheines glaubhaft machen:
 - **Mehrgefährdung**
 - **Geeignetheit und Erforderlichkeit der Waffe** für den beantragten Zweck, d. h. in typischen Verteidigungssituationen muss die Schusswaffe zur tatsächlichen Verteidigung geeignet sein, was Schnelligkeit und Sicherheit im Umgang mit der Waffe voraussetzt.
 - Es gibt **keine andere zumutbare Möglichkeit**, die Gefährdung zu verringern.
- Die zuständige Behörde hat das Fortbestehen des Bedürfnisses bei Inhabern einer waffenrechtlichen Erlaubnis alle **fünf Jahre** erneut zu überprüfen.
Zur Erforschung des Sachverhalts kann die zuständige Behörde in begründeten Einzelfällen das persönliche Erscheinen des Antragstellers oder des Erlaubnisinhabers verlangen.